Protokollauszug

14. Sitzung vom 9. Juli 2018

**Fehler! Verweisquelle konnte nicht gefunden werden.**

|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| 188/2018 | 04.03.20 | Volksinitiative "Verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung der Strassen im Bahnhofsbereich"  Vorprüfung |

# Initiativbegehren

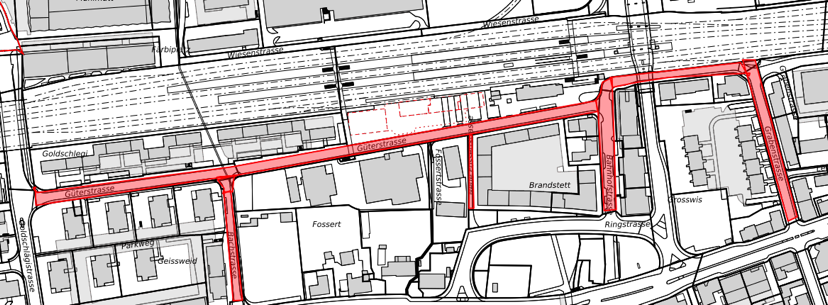
Am 29. Juni 2018 wurde von Markus Weiersmüller als Vertreter des Initiativkomitees eine Unterschriftenliste für eine Volksinitiative "Verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung der Strassen im Bahnhofsbereich" eingereicht, mit der Bitte um Prüfung, ob die Unterschriftenliste den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Die beigebrachte Unterschriftenliste beinhaltet das folgende Initiativbegehren:

**"Verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung der Strassen im Bahnhofsbereich"**

"Die unterzeichnenden Stimmberechtigten der Stadt Schlieren stellen in Form einer allgemeinen Anregung mit dieser Volksinitiative folgendes Begehren:

Die Güter-, Bahnhof-, Graben-, Bach- und Neue Fossertstrasse sind gemäss Planeinzeichnung

****

verkehrsberuhigt und übersichtlich zu planen, baulich zu gestalten, einzurichten und einheitlich zu signalisieren. Dabei sind folgende Grundsätze zu beachten:

* Einführung einer Tempo 30-Zone auf diesen Strassen
* Trennung der Bereiche für Fussgänger durch Trottoirs und für den motorisierten Verkehr und die übrigen Teilnehmer des Langsamverkehrs, soweit möglich, durch die Zuweisung von entsprechenden separaten Verkehrsflächen
* Erreichen der Überschaubarkeit der Strassen durch Verzicht auf behindernde und die Sicht zu stark einschränkende Strassenmöblierung und/oder des Pflanzens von Bäumen auf der Strassenfläche
* Anhebung der Strassenflächen auf Trottoirhöhe im Bereich der Aufgänge vom Bahnhof Schlieren gegen Süden und Gesuchstellung bei den zuständigen kantonalen Behörden für das Anbringen von Fussgängerstreifen bei den angehobenen Flächen mit der Bereitschaft dieses Anliegen wenn nötig in Verfahren durchzusetzen

Begründung der Volksinitiative:

Diese Volksinitiative stellt eine Alternative zur Volksinitiative "Begegnungszone im Bahnhofbereich" dar, die gemäss Stadtratsbeschluss vom 30. April 2018 zustande gekommen ist. Jenes Begehren beschränkt sich im Wesentlichen auf das engere Bahnhofsgebiet. Es berücksichtigt das weitere Umfeld mit beachtlichem Verkehr und seinen Folgen auf das engere Bahnhofsgebiet zu wenig.

Mit der Güter- und Grabenstrasse werden die im weiteren Bahnhofsbereich liegenden Wohn- und Geschäftsliegenschaften erschlossen, was zu einem bedeutenden Verkehrsaufkommen führt. In unmittelbarer Nähe des Bahnhofs liegen mit dem Parkside (Migros, kleinere Läden, Büros, zentrale Tiefgarage) und dem neuen Gebäude der SBB (Post Schlieren, Denner, Fitnessstudio, Büros) publikumsintensive Nutzungen mit bedeutendem Parkierungsbedarf. Aufgrund ihrer Funktion sind die Strassenräume um den Bahnhof nicht geeignet für Aufenthalt und Spiel, wie dies eigentlich der Zweck einer Begegnungszone wäre.

Von und nach den Abfahrten/Ankünften der Züge queren die Reisenden den Strassenraum der Güterstrasse gebündelt bei den Aufgängen von und zu den Perrons. Besonders in den Stosszeiten am Morgen und am Abend ist die Zahl der Fussgänger gross. Ihre Sicherheit muss gewährleistet werden.

Diese Initiative für eine „Verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung der Strassen im Bahnhofsbereich“ mit einheitlicher Signalisation hat das Ziel, eine Verkehrsberuhigung zu erreichen. Die erwähnten Funktionen der Strassen sprechen eindeutig für eine Tempo 30-Zone, die mit einer klaren Einteilung von Strasse und beidseitigen Trottoirs mit möglichst wenigen sichtbehindernden Ausstattungen für alle Teilnehmer überschaubar ist und Klarheit schafft. Für die Fussgänger vom und zum Bahnhof sollen mit zwei auf Trottoirhöhe liegenden und mit Fussgängerstreifen versehenen Übergängen zu den Bahnhofanlagen gebündelte sichere Querungsverhältnisse geschaffen werden.

Mit einer im ganzen Gebiet einheitlichen Tempo 30-Zone werden die verschiedenen Anliegen nach Verkehrs- und Lärmberuhigung besser gelöst. Die Anliegen dieser Initiative sind als Kompromiss zwischen der heutigen zum Teil unbefriedigenden Situation und einer an diesem Ort nicht geeigneten Begegnungszone zu betrachten."

# Verfahren

Die Vorschriften für die Behandlung von Initiativen gehen aus dem Gesetz über die politischen Rechte des Kantons Zürich (GPR) hervor. Bei Volksinitiativen bedarf es gemäss § 122 GPR eines Initiativkomitees, welches aus mindestens fünf und höchstens zwanzig Stimmberechtigten besteht. Ein Mitglied des Komitees ist als Vertreter/in und ein weiteres Mitglied als dessen/deren Stellver­tretung zu bezeichnen.

Die Vorgaben für die Unterschriftenlisten gehen aus § 123 GPR hervor. Diese müssen die folgenden Inhalte aufweisen:

* Gemeinde, in der die unterzeichnenden Personen politischen Wohnsitz haben,
* Titel, Text und eine kurze Begründung der Initiative,
* Datum der Veröffentlichung im Amtsblatt,
* Vorbehaltlose Rückzugsklausel,
* Namen und Adressen der Mitglieder des Initiativkomitees,
* Hinweis, dass sich strafbar macht, wer das Ergebnis einer Unterschriftensammlung fälscht oder sich bei der Unterschriftensammlung bestechen lässt (Art. 281 und 282 StGB).

Der Titel und die Begründung der Initiative dürfen nicht irreführend, ehrverletzend oder übermässig lang sein, keine kommerzielle oder persönliche Werbung enthalten und zu keinen Verwechslungen Anlass geben.

Gemäss § 124 GPR reicht das Initiativkomitee vor Beginn der Unterschriftensammlung die Unterschriftenliste beim Stadtrat zur Vorprüfung ein. Der Stadtrat hat in der Folge die nötigen Änderungen zu verfügen, wenn die Form der Unterschriftenliste nicht den gesetzlichen Vorschriften entspricht.

Nach der positiv verlaufenen Vorprüfung hat der Stadtrat gemäss § 125 GPR Titel und den Text der Initiative sowie die Namen der Mitglieder des Initiativkomitees im amtlichen Publikationsorgan zu veröffentlichen. Mit der Veröffentlichung beginnt die Frist zur Einreichung der Unterschriften zu laufen. Gemäss § 27 Kantonsverfassung (KV) und § 20 Gemeindeordnung (GO) gilt eine Volksinitiative als zustande gekommen, wenn sie von mindestens 200 Stimmberechtigten unterzeichnet innert sechs Monaten nach der Veröffentlichung eingereicht wird.

# Erwägungen

Titel, Begründung und Unterschriftenliste geben bezüglich Erfüllung der Formvorschriften zu keinen Beanstandungen Anlass.

Der Stadtrat beschliesst:

1. Es wird festgestellt, dass Titel und Begründung der am 29. Juni 2018 zur Vorprüfung eingereichten Volksinitiative "Verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung der Strassen im Bahnhofsbereich" und die Form der entsprechenden Unterschriftenliste den gesetzlichen Vorschriften entsprechen.
2. Die Stadtschreiberin wird beauftragt, den Titel und den Text der Initiative sowie die Namen der Mitglieder des Initiativkomitees im amtlichen Publikationsorgan zu veröffentlichen.
3. Gegen diesen Beschluss kann innert 5 Tagen, von der amtlichen Veröffentlichung an gerechnet, beim Bezirksrat Dietikon, Bahnhofplatz 10, 8953 Dietikon, Stimmrechtsrekurs eingereicht werden.
4. Mitteilung an
   * Initiativkomitee "Verkehrsberuhigte und überschaubare Gestaltung der Strassen im Bahnhofsbereich", c/o Markus Weiersmüller, Bühlackerstrasse 5c, 8952 Schlieren
   * Büro des Gemeindeparlaments
   * Stadtschreiberin
   * Abteilungsleiter Bau und Planung
   * Archiv

Status: öffentlich

**Stadtrat Schlieren**



|  |  |  |
| --- | --- | --- |
| Markus Bärtschiger  Stadtpräsident |  | Ingrid Hieronymi  Stadtschreiberin |